



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Zum Verbandstag. — Die erste Lesung. (Schluß.) — Die Differenzen in der Heiligenbilder-Fabrik von Josef Müller in München. — Feuilleton: Brüssel und seine Weltausstellung (VII.). — Korrespondenzen (Dresden, Hamburg, Leipzig). — Rundschau. — Versammlungsstatender. — Adressenveränderungen. — Briefkasten. — Abrechnungen.

Beilage: Vom Dresdner Tariffkampf. — Korrespondenzen (Halle a. S., Nürnberg-Fürth).

Zum Verbandstag.

Da die Stimmen zum Verbandstage so ziemlich verstummt sind, möchte man unwillkürlich zu der Ansicht kommen, daß diese Tagung einen recht ruhigen Verlauf nehmen wird, was ja im Interesse der zu beratenden Tagesordnung sehr erwünscht wäre. Jedoch wäre es besser, wenn das Für und Wider der einzelnen zur Beratung stehenden Punkte in der Vorbereitungszeitung vorher etwas mehr wie bisher besprochen worden wäre, um dadurch eine klarere und verkürzte Diskussion in Bremen herbeizuführen. Denn es ist eine bedeutende Zahl Anträge, die von Hauptvorstand und Zahlstellen zur Abänderung des Statuts gestellt worden sind. Wobei sich ja verschiedene befinden, die weit über das Ziel hinaus schießen und sich wohl hier und da auf örtliche Verhältnisse anwenden lassen, aber für die übrigen Zahlstellen unbrauchbar sind. Nun hat sich erfreulicherweise fast überall der Gedanke bemerkbar gemacht, der Verbandsklasse mehr Mittel als Kampffonds zuzuführen.

Es soll zwar nicht meine Aufgabe sein, in diesen Ausführungen zu untersuchen, welcher Antrag zur Beitragserhöhung der geeignetste ist. Jedoch will ich gleich anfügen, daß ich die Einführung einer sechsten Klasse für unbrauchbar halte, weil dann auch der Gerechtigkeit halber eine weitere Staffel bei der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung geschaffen werden müßte und das würde zu weit führen. Denn es besteht jetzt schon die Tatsache, daß wir in unserem Verband, was die Arbeitslosigkeit anbetrifft, neben den Buchdruckern die höchste Unterstützung dafür unter allen Gewerkschaften auszuweisen. Andererseits halte ich es für ungerecht, die nötigen Mittel schließlich nur einer Zahlstelle und das wäre in diesem Falle Berlin, zur Aufbringung aufzuhalten.

Leider hat ja der Münchener Verbandstag aus Unkenntnis der kommenden Verhältnisse in der Höhe der Unterstützungssätze des Guten zu viel getan, was uns die ungeheuren Unterstützungssummen, die in den erschienenen Rechenschaftsberichten angegeben sind, beweisen. Diefershalb hat der diesjährige Verbandstag die Aufgabe, das Gleichgewicht innerhalb der Verbandsklasse insofern herzustellen, daß ein größerer Ueberschuß pro Jahr als bisher zurückgelegt werden kann, um für zukünftige Kämpfe gerüstet zu sein. Um dieses zu erreichen, beantragen einzelne Zahlstellen, daß die bestehenden Unterstützungssätze reduziert werden sollen. Ich möchte doch davor warnen, ein derartiges Experiment

vorzunehmen, denn das würde für uns einen ganz bedeutenden Mitgliederverlust mit sich bringen, da leider ein großer Teil unserer Mitglieder noch nicht so ideal erzogen und veranlagt ist, daß sie die Gewerkschaft nur als Kampforganisation betrachten.

Nun hat ja auch der Verbandsvorstand beantragt, daß die Wöchnerinnenunterstützung in ihrer jetzigen Form abgeschafft, dafür die Kolleginnen in diesen Fällen als Kranke betrachtet werden und Krankenunterstützung erhalten sollen. Vorerst macht dieser Antrag den Eindruck, als wenn die Wöchnerinnen dadurch höher unterstützt werden sollten. Denn angenommen, die Dauer der Krankenunterstützung würde auf dem Verbandstag auf 36 Tage ausgedehnt, dann müßte schon in jedem vorkommenden Falle in Klasse 1 12,60 M. usw. ausgezahlt werden. Bleibt die Unterstützungsdauer dahingegen bestehen, wäre auch in der 1. Klasse 10,50 M. usw. zu zahlen.

Betrachten wir uns diesen Antrag aber etwas genauer, dann beabsichtigt der Verbandsvorstand jedenfalls, damit eine Ersparnis zu erreichen. Weil alle die Mitglieder, welche ihre Krankenunterstützung im Laufe des der Entbindung vorhergegangenen Jahres bezogen haben, nichts erhalten sollen. Ich betrachte das als eine Härte, die aber der Verbandsvorstand für unumgänglich hält, weil seiner Ansicht nach die Wöchnerinnenunterstützung einseitig insofern ist, da sie nur den weiblichen Mitgliedern zugute kommt. Diese Unterstützung ist aber auf dem Verbandstag in München mit übergroßer Mehrheit und unter Befürwortung des Hauptvorstandes zur Annahme gelangt. Darum muß man sich wundern, daß in dieser kurzen Zeit dieser Umschlag der Ansicht beim Hauptvorstand eingetreten ist. Um so mehr, da doch auch dieser Unterstützungsweig seine agitatorische Wirkung ausgeübt hat und weiter zur Entwicklung des Verbandes beitragen wird. Das wird zwar von verschiedenen Seiten bezweifelt, namentlich Kollege Schmidt weist in seinem Artikel darauf hin, daß, wenn dieser Unterstützungsweig die agitatorische Wirkung hätte, wie vermutet würde, dann müßten verschiedene Zahlstellen seit der Einführung derselben ganz andere Fortschritte an weiblichen Mitgliedern gemacht haben. Wenn nun einzelne Zahlstellen nicht die erwünschte Zunahme an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen haben, so können doch Umstände oder Verhältnisse mitwirken, die uns unbekannt sind. Mit demselben Recht könnte man auch das Gegenteil behaupten, indem man die Zunahme an Kolleginnen der oder jener Zahlstelle nur der Wöchnerinnen-Unterstützung zuschreibt. Die Abneigung gegen die Wöchnerinnen-Unterstützung ist ja auch darauf zurückzuführen, daß einzelne Mitglieder nach Empfang derselben dem Verband den Rücken kehren. Gewiß sind auch derartige Erfahrungen gemacht worden, die aber an Zahl gering und dieserhalb nicht gleich Veranlassung sein sollten, diese Unterstützung abzuschaffen zu wollen. Denn in verschiedenen derartigen Fällen liegt nicht schlechter Wille der be-

treffenden Mitglieder vor, sondern die Verhältnisse bringen es mit sich, daß nach eingetretenem Familienzuwachs die Frau zu Hause bleiben muß, um die Pflege des Kindes zu übernehmen. Zwar hat die Wöchnerinnenunterstützung den auf dem Münchener Verbandstag festgelegten Voranschlag um 960 M. überschritten. Doch fast alle Voranschläge sind durch die Wirklichkeit überholt worden, bei einzelnen Positionen sogar ganz bedeutend. Doch bezweifle ich, daß durch die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Form die Mehrausgabe aus der Welt geschafft wird. Was ich durch folgendes Exempel erläutern möchte, das ja selbstverständlich nur ein mutmaßliches sein kann, da ich nicht weiß, wie viel von diesen 496 Wöchnerinnen im Jahre vor ihrer Entbindung Krankenunterstützung bezogen haben. Diese 496 Wöchnerinnen rekrutieren sich aus Mitgliedern der ersten bis vierten Klasse. Um nicht zu hoch zu greifen, nehme ich die Krankenunterstützung der zweiten Klasse, also 12 M., und daß alle vorher keine Krankenunterstützung bezogen haben, an. So würde dadurch eine Mehrausgabe von ungefähr 1000 M. oder im ganzen 5952 M. entstehen. Rechnen wir davon ein Viertel oder 124 Wöchnerinnen ab, die in Folge ihres schon bezogenen Krankengeldes nichts erhalten würden, so würde sich die Ausgabe um 1488 M., auf 4464 M. verringern, also eine Minderausgabe von 496 M. würde dadurch erzielt werden. Nun ist aber mit Gewißheit anzunehmen, daß der Antrag des Hauptvorstandes, 36 Tage lang die Krankenunterstützung auszugeben, auf dem Verbandstag Gesetz wird. Dadurch würde für diese Zwecke und unter den angeführten Verhältnissen 5356,80 M., das sind 396,80 M. mehr als wie jetzt, auszugeben sein. Wenn nun noch angenommen wird, daß ein Teil der Wöchnerinnen kurz nach überstandener Entbindung noch die Krankenunterstützung in Anspruch genommen hat, so daß wir jetzt schon die Summe von 5356,80 M. ausgegeben haben, so kommt das Resultat heraus, daß die Ausgabe für die Verbandsklasse, ob Wöchnerinnenunterstützung oder dafür Krankenunterstützung, dieselbe ist. Darum möchte ich für die Beibehaltung der Wöchnerinnenunterstützung plädieren, da dadurch alle unnötigen Erregungen in Mitgliederkreisen verhindert würden.

Kollege Schmidt hält in seinem Artikel die Wöchnerinnenunterstützung für ungerecht, weil sie nur den weiblichen Mitgliedern zugute komme, was ich aber nicht für stichhaltig ansehen kann, da doch sonst wohl mehr Anträge auf Abschaffung derselben von Seiten der Zahlstellen gestellt sein würden. Aber auch über diese scheinbare Ungerechtigkeit können wir hinweg, wenn wir auf dem Verbandstag beschließen, daß den sich auf der Reise befindlichen unterstützungsberechtigten Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung unter den Bedingungen ausgezahlt würde, wie sie von den Kollegen Wollen und Schmidt in ihren Artikeln empfohlen wird. Nebenbei bemerkt unterfreue ich die diesbezüglichen Ausführungen der beiden Kollegen voll und ganz, weil dadurch

der Verbandskasse keine größeren Ausgaben entstehen. Denn es ist gleich, ob diese Unterstützung am Orte oder in anderen Zahlstellen ausbezahlt wird.

Dresden.

Franz Herrmann.

Die erste Lesung.

(Schluß.)

Die beantragte Fortsetzung der Maßregelungsunterstützung auf die Dauer von dreizehn Wochen ruft hier und da einen Widerwillen hervor, der im allgemeinen nur ganz minimale Berechtigung hat. Hierin läme uns nun der Antrag Dresden entgegen mit seinem Zusatz: „Trotzdem hat der Verbands-Vorstand das Recht, auf Antrag der Ortsverwaltung dieselbe bis auf weiteres zu bewilligen.“ Es können und werden Ausnahmen vorkommen, für solche Ausnahmefälle wäre dann auch eine statutengemäße Vorgehensweise getroffen. Ebenso empfehlenswert ist eine präzisere Fassung des § 10, was ist eine Maßregelung? Wenn ich mich nun schon mit dem Sinn des Dresdener Zusatzes befreunden kann, müßte der Vorstand eine Aenderung erfahren, „den anderen Mitgliedern die Agitation zu untersagen, die nicht um die Genehmigung des Vorstandes nachgesucht haben“, ist wohl nicht die Absicht der Antragsteller, der Vorstand läßt aber keine andere Deutung zu. Diese gutgemeinte Absicht würden wir vielleicht klarer treffen, wenn wir beschließen: „Anspruch auf Maßregelungsunterstützung haben alle Mitglieder, welche im Auftrag der Ortsverwaltung die Agitation in der Werkstatt fördern, Betriebsversammlungen leiten und Beschwerden vertreten, soweit sie „aus diesem Anlaß“ gekündigt werden.“

Und nun noch mal zurück zu § 9. Da finden wir im Antrag des Hauptvorstandes zunächst drei inagere Worte, die so nichtsagend klingen und doch eine ungeheure Wirkung ausüben werden, wenn diese erst Statut sind. Sinngemäß soll es dann heißen: Ausgesteuerte fangen „von vorn an“. Was geschieht denn aber in den Fällen, wo nach dem neuen Antrag die Unterstützungen Jahr um Jahr gezahlt werden müssen, nicht ganz bis zum Höchstmaß, jedoch man es nicht mit Ausgesteuerten zu tun hat? Das ist die große Lücke im Statut, die ausgefüllt werden muß, wenn man in Bremen eine Ungerechtigkeiten beseitigen will und die Mitglieder in Zukunft vor Beitragserhöhungen etwas mehr zu schonen beabsichtigt. Es ist darum ganz unerlässlich, eine gewisse Unterstützungssumme festzulegen, die auch dann eintreten müßte, wenn in einzelnen Fällen nur 90 Proz. der einzelnen Unterstützungen gezahlt würden, die Summe aber immerhin in einem Jahre eine beträchtliche Höhe erreicht und sich jährlich wiederholt. Auch hier muß gleichfalls eingeseht werden, soll die Verfallstatution von 1908 wieder wett gemacht werden und eine

solide Basis unserer Finanzen Platz greifen, ohne die Opferfreudigkeit der Berufsgenossen zu überspannen. Um diesem Ziele näher zu kommen, um die Unterstützungen mit den Beiträgen einigermaßen besser als jetzt in Einklang zu bringen, glaubte ich einen neuen Vorschlag machen zu dürfen, welchen ich in Nr. 28 schon etwas detaillierter. Ich beantrage nicht, damit das Richtige unbedingt getroffen zu haben, bin aber bei Durchsicht mehrerer Statuten mit Staffelleistungen und Unterstützungen von dessen Notwendigkeit noch mehr überzeugt als bisher.

Es kommt mir nun nicht darauf an, daß gerade mein Vorschlag wörtlich zu Beschluß erhoben wird: Wenn die Unterstützung im Laufe von fünf Jahren die doppelte Höhe der geleisteten Beiträge erreicht, gilt das betreffende Mitglied als ausgesteuert und erhält im nächsten Fall die Unterstützung von vorn an usw., sondern das Prinzip soll gewahrt werden, eine Höchstsumme festzulegen. Ich wage zu behaupten, wenn man sich dieser Einsicht jetzt verschließt, daß man dann kurz nach Bremen genau so anfängt zu kommentieren, als es der Hauptvorstand nach dem Münchener Verbandstage getan hat, damals im Interesse der Verbandskasse. Dazu ist der Verbandsvorstand nach dem Statut § 26 verpflichtet, was bei einem beträchtlichen Teil Mitglieder nicht das erwünschte und notwendige Verständnis findet. Um nun zur rechten Zeit auf solche Bedenken hinzuweisen, stehen uns wochenlang die Spalten der Verbandszeitung zur Verfügung, und doch ist es unter den Mitgliedern selbst zu einem Meinungsaustausch nach dieser Richtung hin nicht gekommen. Das ist sehr zu bedauern und wenig geeignet, das Interesse an unserer Gewerkschaftszeitung zu beleben. Diesem Krebsgeschaden muß die Generalversammlung auch einmal gründlich zu Leibe gehen und den Ursachen nachspüren, woran es liegt, daß unsere Zeitung nicht im entferntesten das ist, was sie sein soll: Das Sprachrohr der Kollegenschaft.

Sämtliche Anträge zu § 14 sind das Ergebnis von Erfahrungen, die mit den viel gerühmten ideellen Auffassungen jener Kreise, die man erst mit dem Umfange der Organisationen kennen lernt, auf dem Kriegsfuß stehen. Voraussetzungen dürfen zu deren Annahme recht wenig Bedenken vorgebracht werden. Zu einem Brennpunkt wird sich der Antrag des Hauptvorstandes zu § 17 gestalten, denn schon bisher hat der Posten Verwaltungsstellen zu ersten Meinungsverschiedenheiten Anlaß genügend gegeben, worin möglichst eine Besserung eintreten möchte. So manche Zahlstelle wird der Beitragserhöhung unter Verzicht auf die Lokalbeiträge zustimmen, danach allerdings in jedem Fall an den Hauptvorstand herantreten, wenn die bewilligten Mittel nicht hin- und nicht reichen. Der Verbandstag wird nach dieser Richtung gut tun, durch umfangreiche Rechnungslegung genau zu prüfen, was zur

durchschnittlichen Verwaltung erforderlich ist, damit der übergroßen Zahl Mitgliedschaften vom Verbandstag das bewilligt wird, was flugerweise erforderlich ist. Ausnahmefälle werden sich auch hierbei ergeben. Dagegen ist es bringend notwendig, allen Zahlstellen das allernotwendigste Verwaltungsmaterial zu beschaffen, in allererster Linie Schreibmaterial, Arbeitslofenkontrollkarten, Reiselegitimationen und dazu gehörige Stempel usw. Dieses Verlangen ist ja sehr selbstverständlich, bedarf aber dennoch mal der Anregung das diesem Anlaß.

Zu § 21 liegen aus Hamburg und Magdeburg Anträge auf Einsetzung eines „Verbandsauschusses“ vor. Käme es nach der Richtung zu ernstlichen Erwägungen, dann dürfte dieser seinen Sitz nicht in Berlin haben. Welche Zahlstelle würde denn nun zunächst den Wunsch äußern, diese angenehme ehrende Kontrolle über den Verbandsvorstand auszuüben, noch dazu, wenn man von den Mitgliedern der Ortsverwaltungen Abstand nimmt? Schon die erste Frage gibt mir Anlaß zu mancherlei Bedenken gegen diesen Antrag, soll aber weniger maßgebend sein, die Zweckmäßigkeit dieser Kontrollkommission zu befreiten. Betrachten wir doch mal das große Tätigkeitsgebiet unserer Redaktionskommission und vergleichen in demselben Zusammenhang deren Berichte, dann kann man sich darans eine Vorstellung machen, was der beantragte Ausschuss der Mitgliedschaft und dem Verbandsvorstand für Dienste leisten könnte. Da dieser Antrag aber noch nie besonders warm beantwortet wurde, wird ihm auch dieses Jahr kaum eine bessere Aufnahme zuteil werden und darum wird es kein Schade für den Verband sein, hierüber zur Tagesordnung überzugehen. Ebenso unerwartet erscheint ein neuer Antrag zu § 29, die Delegiertenwahl zu ändern, ohne daß die Wirkung in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung erprobt ist. Wenn die Anträge Berlin, Nürnberg und Hauptvorstand (? Red.) zur Annahme gelangen: „300 Mitglieder wählen einen Delegierten“, dann scheiden 14 Mitgliedschaften aus, die meist zum alten Bestandteil der Organisation gehören und nach dem nicht mehr das Recht hätten, selbständig ihren Vertreter zur Generalversammlung zu bestimmen. Drum prüfe man allerseits genau, was wir haben und stelle Vergleiche an, was wir bei diesem Tausch gewinnen oder verlieren. Kleinere Zahlstellen so zu beschränken, die prozentual mehrfach besser organisiert sind als manche Großstadt, halte ich für ungerecht und auch geradezu schädlich für die weitere Entwicklung der Organisation. Ich habe so manchen bedeutungsvollen Antrag übersprungen, will mich aber nun lieber mit meiner Kritik zurückziehen, in der Voraussicht allerdings, daß ein so großes Schweigen unserer Mitgliedschaft nur die Ruhe vor dem Sturm kennzeichnen kann.

Wenn dann aber in Bremen die Nebeschlacht entbrennt, die Meinungen aufeinander plagen

Brüssel und seine Weltausstellung.

Maudereien von W. Th.

VII.

Nahrungs- und Genussmittel.

Es ist eine appetitliche Sache, den Abteilungen einen Besuch abzustatten, in denen Schokoladen, Zuckerwaren oder feine Backwaren hergestellt werden. Für fünf oder zehn Centimes (4 oder 5 Pf.) gibt es da überall Proben zu kaufen. Auch wer sich sonst nichts aus süßem Zeug macht, nascht hier gern einmal. Frankreich und Belgien sind anscheinend auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfabrikation am weitesten fortgeschritten. Wie sehr aber auch in Deutschland die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel sich entwickelt hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß 1882 nur knapp 745 000 Personen darin beschäftigt waren, während 1907 rund 1 345 000 Arbeiter und Arbeiterinnen gezählt wurden. Davon entfielen rund 600 000 auf die Herstellung pflanzlicher Nahrungsmittel, 300 000 auf die Gewinnung tierischer Nahrungsmittel, 25 000 auf die Konervenfabrikation, 210 000 auf die Getränkebereitung und ebensoviel auf die Tabakfabrikation.

Backmaschinen in Betrieb hat Deutschland nicht ausgestellt. Um sie zu sehen, muß man die

belgische oder die französische Abteilung besuchen. Da kann man finden, wie es möglich ist, daß von der Einschüttung des Wehles an bis zum Herausziehen des fertigen Brotes fast keine Hand an das Mehl oder den Teig kommt. Alles macht die Maschine in einem ununterbrochenen Produktionsprozeß. Schweinereien, wie sie beim Handbetrieb oft genug vorgekommen und durch Gerichtsverhandlungen aufgedeckt worden sind, können somit nach dem heutigen Stande der Technik bequem vermieden werden. Allerdings vermag sich der Kleinbetrieb die Fortschritte der Technik nicht im vollen Umfange zunutze zu machen. Immer wieder drängt sich deshalb bei Betrachtung der technischen Errungenschaften der Gedanke auf, wie wohl sich bei der sozialistischen Struktur der Gesellschaft die Menschheit befinden wird, weil dann nicht mehr das Profitinteresse und die Kapitalstärke des Unternehmers entscheidend sind für Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, sondern die Gesellschaft in der Lage sein wird, die technischen Fortschritte schnell überall einzuführen und sie den Arbeitern wie den Konsumenten zugute kommen zu lassen.

Was an Weinen, Likören, Fruchtweinen, Champagner und sonstigen alkoholhaltigen Getränken ausgestellt ist von Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Ungarn und Deutschland,

mag stiller, aber heftiges Sehnen in allen denen erwecken, die einen guten Trunk als wichtigste Lebensarbeit betrachten. Doch auch die Alkoholgegner kommen auf ihre Rechnung; denn in alkoholfreien Getränken ist kein Mangel. Nur muß mit Berntrichung gemeldet werden, daß die alkoholfreien Flaschenpyramiden, so künstlich und verlockend sie auch aufgebaut worden sind, bei weitem nicht die Anziehungskraft ausüben, wie die Probierstände für Weine und Liköre, an denen schon für 15 oder 25 Centimes ein Glas Wein, für 40 Centimes ein Glas Champagner oder Chartreuse erhältlich ist. Gar mancher hocht sich hier ein Weßchen auf, ohne daß er's will. Und wer's nicht rechtzeitig merkt und zu „probieren“ aufhört, bringt einen wohlausgewachsenen Affen mit nach Hause, dessen bekannte Umwandlung in einen Later dann vor sich geht, gleichviel, ob das Weßchen französisch, italienisch, spanisch, griechisch oder deutschen Ursprungs war.

Praktisch hat Deutschland die Verforgung der Ausstellungsbesucher mit Nahrungsmitteln dadurch in die Hand genommen, daß viele der größten Restaurants unter deutscher Leitung sich befinden. Deutschsprechende Kellner und Kellnerinnen sind fast in jedem Restaurant zu treffen. Münchener und Dortmunder Biere dominieren.

und die Gemüter sich erhitzen, dann dürfte eine frische Geeprieße von der Waterkant ihre heilsame abkühlende Wirkung nicht verfehlen. Uns alle muß das erhebende Bewußtsein beherrschen, das von unseren Mandatgebern in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und für unsere künftigen gewerkschaftlichen Ziele die Wege zu ebnen, auch wenn sich diese noch so kompliziert und schwierig gestalten.

Leipzig.

Otto Schulze.

Die Differenzen in der Heiligenbilder-Fabrik von Josef Müller in München.

Wem die Götter strafen wollen, den schlagen sie mit Blindheit, so möchte man mit dem Dichter sagen, wenn man das Verhalten eines Mannes betrachtet, der in einem kindlichen Eigensinn verharret, jahrelang gegen alle Vorgänge um sich herum blind und taub zu sein schien und durch dieses Verhalten nun mit dazu beitrug, daß jetzt plötzlich eine explosive Entladung erfolgte, deren Tragweite heute noch nicht zu übersehen ist. Herr Müller, so heißt dieser Bedauernswerte, nahm die in den letzten Monaten in seinem Betriebe vorhandene Kirchhofruhe ernst und dachte nicht, daß es nur die Stille vor dem Sturm war, der jetzt mit elementarer Gewalt hervorbrochen ist. Doppelt bedauernswert, wenn man weiß, was dieser Mann, befangen von den schönen Schutzverbands-Illusionen, in den letzten Jahren für unendliche Opfer brachte, um die Organisation in seinem Betriebe auszurotten. Und wenn er heute den seinen Trabanten schon gereichten Lorbeer wieder zurücknimmt, so mit Recht — denn sie haben ihn eben getäuscht in der Ansicht, daß sie das Reptil der Organisation schon getötet hätten, waren sie doch nicht glücklicher als ihr Meister und müssen mit diesem sehen, daß das totgeglaubte Ungeheuer hundertköpfig erwacht ist und lebensfreudiger denn je bereit ist, den Kampf aufs neue aufzunehmen. Ja, wenn man auf jener Seite etwas gelernt und nicht alles vergessen hätte, so würde die Firma schon längst ein sicheres Bollwerk genug sein, derartige Manöver zu unterlassen, die bis jetzt immer und immer nur bezweckt haben, daß gerade das Gegenteil von dem eintrat, was sie erwartete. Aber es scheint, daß man sich in den Scharfmacherwahn schon so sehr verannt hat und diesen ohne gründliche Kur nicht mehr los zu werden imstande ist. Wir möchten allerdings wünschen, daß diese Heilung im Interesse des Betroffenen selbst und einer vernünftigen weiteren Friedenspolitik zwischen Arbeiter und Arbeitgeber recht bald sich vollziehen möchte. Denn auch die Firma Müller kann nicht gegen den Strom schwimmen und wenn das Personal aller übrigen graphischen Firmen Münchens unter tariflichen Verhältnissen arbeitet, dann wird eben das der einzigen Firma,

die eine Ausnahme macht, nicht eher ruhen und rasten, bis es sich ebenfalls den Tarif errungen hat. Und sollte selbst die Arbeiterschaft im Kampf um ihr gutes Recht hundertmal unterliegen, so wird eben hundertmal diese Forderung wiederkommen. Selbst wenn die übliche Ansicht der Firma von Erfolg begleitet sein würde, die ganze Bude mit indifferentem Personal vollzustopfen, dann wäre es eben auch nur eine Frage der Zeit, daß auch dieses plötzlich wieder als organisiert an den Arbeitgeber herantritt und dieselbe Forderung erhebt. Wie gut und fein hat Herr Müller die Arbeitswiltigen der früheren Zeiten bewirkt, um nach kürzerer oder längerer Frist sehen zu müssen, daß sie trotz allen schönen Versprechungen da wieder hingejogen waren, wo für vernünftig denkende Arbeiter der Platz ist — bei ihrer Berufsorganisation! Auch der Schutz- und Scharfmacherverband Deutscher Steinbrucker-Besitzer, dem Herr Müller als einziger lithographischer Betrieb in München noch angehört, wird nicht imstande sein, ihm ein Mittel zu verordnen, wodurch dieser Vorgang in der Arbeiterschaft ein anderer wird. Und die Aussperrung dürfte für längere Zeit — und zwar solange als die Münchener Tarifritten noch eine Ausdehnungsmöglichkeit haben — für den Schutzverband eine in die Kumpfkammer gehörende Waffe sein. Desto unbegreiflicher ist somit das starrköpfige Verhalten des Herrn Müller seinen Arbeitern gegenüber, die er am Dienstag, den 22. August, aufs Pfaster warf.

Wie es kam? — Nun, der Kessel war endlich voll und lief plötzlich über. Wiederholt trat das Personal durch seine Organisationen an den Arbeitgeber heran, es aus der Ausnahme-Stellung, in der es sich gegenüber den übrigen in München beschäftigten Lithographen, Steinbruckern, Buchbindern und graphischen Hilfsarbeitern befindet, zu befreien, indem er ebenfalls den Tarif anerkennen möchte. Immer dieselbe Antwort: „Als Schutzverbandsfirma kann ich nicht verhandeln, die Verhandlungen müssen von Zentrale zu Zentrale gepflogen werden.“ Im Juli dieses Jahres, nachdem sich die übrigen Münchener Firmen von den großen Strategen des Scharfmacherverbandes losgesagt und nicht zu ihrem Schanden mit unseren Kollegen und Kolleginnen einen vierjährigen Vertrag abgeschlossen hatten, lautete auf erneute Anfrage durch die Organisationen auch die Antwort des Herrn Müller anders. Er wolle nämlich versuchen, in freundschaftlicher Weise seinen Austritt aus dem Schutzverband herbeizuführen, wenn für ihn im Tarif Vergünstigungen geschaffen werden, wenn die Arbeiterschaft auf die zehnprozentige geforderte Lohnzulage und auf die Herausbezahlung der seit Januar dieses Jahres zu Unrecht abgezogenen wöchentlichen halben Stunde — der Vergünstigung, die den Arbeiterinnen durch die Gewerbe-Ordnungsnovelle zuteil werden sollte — und die in allen anderen Münchener Stein-

brudereien dem gesamten Personal ohne Lohnabzug zugute kam, verzichtete. Daß es der Arbeiterschaft unmöglich war, den Herrn Müller im Rahmen des Tarifes noch Extravaganzen zu gewähren war klar, um aber in friedlicher Weise die Sache doch noch beilegen zu können, begaben sich die Vertreter der Organisation am Montag, den 22. August, zu Herrn Müller. Daß in diesem christlichen Betriebe schon zum Lügen abgerichtete Kontorfräulein erklärte der Kommission, daß der Gewünschte erst in einer Stunde zu sprechen sei und als nach Verlauf dieser Zeit man wieder anfragte, war Herr Müller plötzlich verreist und zwar nach Starnberg — und fiel vor Dienstag oder Mittwoch nicht mehr zu sprechen. Da diesem auskunftgebenden Fräulein die Lüge trotz ihrer Gewandtheit, mit der sie sie vorbrachte, schon auf der Stirne stand, wandte sich die Kommission an eine andere Angestellte, die zum Schwindeln noch etwas zu jung war und da erfuhr sie nun, daß der Heiligenbilder-Verleger in seinem Bureau sitze und die Kommission der Arbeiter nicht empfangen wolle. Die Arbeiterschaft, die von diesem Vorgange sofort Kenntnis erhielt, war über die Brückierung ihrer Kommission aufs tiefste empört und ließ nun die Maschinen ruhen. Der Vertrauensmann begab sich zu dem in Starnberg — pardon — im Bureau sitzenden Herrn Prinzipal und ersuchte ihn freundlichst, doch die Kommission empfangen zu wollen, da sich die Arbeiterschaft eine derartige Beleidigung nicht gefallen lassen könne und an der Maschine ruhig warten wolle, bis Herr Müller die Kommission empfangen. Auch diesem Kollegen gegenüber wurde das Ansuchen abgelehnt und nun protestierte die Kollegschaft, indem sie die Arbeit solange einstellte, bis Herr Müller die Vertreter der Organisation empfangen. Dieser Zustand dauerte bis Dienstag, den 23. August, mittags 3 Uhr, wo dann Herr Müller auf dem Plan erschien und kategorisch erklärte, daß, wer die Arbeit nicht sofort aufnehmen, ohne Kündigung entlassen sei. Da Herr Müller auf die Einhaltung der Kündigung verzichtete, war auch die Arbeiterschaft mit der kündigungsgelosen Entlassung einverstanden und es verließen 98 Arbeiter und Arbeiterinnen die christliche Arbeitsstätte. Von unserem Verbände kommen 5 Kollegen und 24 Kolleginnen in Betracht, die in der Steinbrucker-Abteilung beschäftigt waren. Daß Herr Müller nach dem System des Schutzverbandes arbeitete und sofort schwarze Listen in Umlauf setzte, dürfte weiter nicht auffallen, daß aber die übrigen Münchener Prinzipale nicht so schofel waren und darauf reagierten, sondern diesen starrköpfigen Scharfmacher hängen ließen, sei zu ihrer Ehre registriert. Ohne irgendwelche Schwierigkeiten haben wir eine Reihe des Personals bereits untergebracht. Herr Müller sucht nun krampfhaft arbeitswilliges Personal zu erhalten und wir wünschen ihm von denen, die er bis jetzt hat, noch einige Duzend, denn die helfen uns, wenn sie im Betriebe sind, mehr, als wenn alles heraus wäre, und wir sind nur gespannt, um wieviele tausende von Mark durch diese Elemente Arbeit kaputt gemacht wird. Wir werden uns dann erlauben auszurechnen, wie lange damit die von seinen ordentlichen Arbeitern geforderten Lohnzulagen hätten bezahlt werden können. Unsere Kollegen und Kolleginnen stehen fester denn je und sehen mit der größten Gemütsruhe der kommenden Dinge entgegen. Daß ihre Forderungen gerecht sind, hat niemand anders wie Herr Müller selbst bewiesen, indem er den Arbeitswilligen weit höhere Löhne bezahlt wie seine Arbeiter überhaupt gefordert haben. A. Sch.

Korrespondenzen.

Dresden. In der Versammlung am 23. August (siehe den Artikel „Vom Dresdner Tarifkampf“) gab Kollege Franz Herrmann auch den Bericht vom zweiten Quartal. Der Markenverkauf belief sich auf 3153,75 Mk., die Eintritte 13,60 Mk. Die Ausgaben für: Arbeitslose 1252,25 Mk., Kranke 407,10 Mk., Streikende 1003,61 Mk., Gemäßregelte 212,49 Mk., Wöchnerinnen 110,— Mk. An die Hauptkasse wurden 206,95 Mk. gesandt. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 178,79 Mk. gesammelt. Kollege Weimar von der Revisionskommission beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig geschah. Unter „Gewerkschaftliches“ machte Kollege P. Herr-

„Munic“ ist der Inbegriff für alle dunklen Biere, während unter dem Namen „Duc“ die hellen Biere verkauft werden. Ein Deutscher, der geglaubt hatte, das Wort Bier müsse überall verstanden werden, wunderte sich nicht wenig, als ihm in einem belgischen Restaurant auf seine Bestellung hin ein Gläschen Schnaps vorgesetzt wurde. Es gibt hier nämlich ein wermtähnliches Getränk unter dem Namen Byrrh. Wer Bier haben will, muß biere bestellen, also das e hinter dem i wie ä mit aussprechen. Es wird dann vom Kellner gefragt werden „Munic ou boc?“ (dunkles oder helles?).

Die Preise für gutes Münchener Bier sind verhältnismäßig billig. Man zahlt in der Ausstellung für ein halbes Liter echtes bayerisches Bier — auch Erlanger, Nürnberger, Bamberger usw. läuft unter dem Namen „Münchener“ — 35 bis 50 Centimes (28 bis 40 Pf.). Auch die Preise für Speisen halten sich meist in mäßigen Grenzen. Für 80 Pf. bis 1,20 Mk. bekommt man fast überall ein gutes Stück Fleisch oder Braten. In der Stadt ist die Preislage in vielen und guten Restaurants sogar noch niedriger. Eine Unverschämtheit haben allerdings die deutschen Restaurateure hier beibehalten: keiner zahlt den Kellnern oder Kellnerinnen einen Pfennig Lohn. Das bedienende Personal ist vollständig auf die

Trinkgelder angewiesen. Solange der Besuch eines Restaurants stark ist, mag das keine allzu schlimmen Folgen für das Personal haben; denn in der Regel gibt jeder 10, 15 oder noch mehr Centimes Trinkgeld. Hat jedoch ein Restaurant keinen starken Besuch aufzuweisen, so stehen die armen Tröpfe von Kellnern und Kellnerinnen da und sind dem Glend hilflos ausgeliefert. Verlassen sie die Stellung, so ist ihre Kaution verfallen; bleiben sie da, so müssen sie ihr letztes bißchen zusehen. Es kann auch nicht als Entschuldigung gelten, daß in Belgien und in Frankreich es überall üblich ist, den Kellnern und Kellnerinnen keinen Lohn zu zahlen. In Brüssel gibt es sogar an den Boulevarde Cafe-Restaurants, in denen jeder Kellner noch täglich 1 Fr. oder gar 1,50 Fr. dem Unternehmer zahlen muß, ehe er bedienen darf.

Es handelt sich ja nur um Proletarier. Denen darf man bekanntlich alles bieten. Das deutsche Ausstellungsomitee, dessen Ansicht in übrigen anzuerkennen ist, hätte eine wirkliche Kulturart vollbracht, wenn es mit den deutschen Restaurateuren auch Vereinbarungen getroffen hätte über die Entlohnung des Personals. Doch daran hat wohl keiner der Herren gedacht. Es sind ja, wie schon gesagt, nur Proletarier.

mann bekannt, daß die nächste Versammlung Ende September, nach dem Verbandstage, stattfinden wird.

Hamburg. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 18. August 1910. Kollege Sellge verliest die Abrechnungen vom zweiten Quartal. Hauptkasse Einnahme 2746,05, Ausgabe 2101,29, an die Hauptkasse gefandt 644,76 M. Lokalfasse: Einnahme 765,07, Ausgabe 885,53 = Defizit 120,46 M. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt worden, referierte Kollege Lohse über die Anträge zum Verbandstag. Seine Ausführungen deckten sich zum Teil mit dem bereits in voriger Versammlung Gesagten. Hauptsächlich legte Redner Gewicht auf die bestehenden Ortszuschläge zur Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, die unbedingt beibehalten werden müssen und zwar so lange, bis ein Ausgleich in dieser Beziehung in allen Zahlstellen stattgefunden hätte. Es ist ferner ein Ding der Unmöglichkeit, höhere Beiträge zu verlangen und dafür niedrigere Unterstützungen zu zahlen, wie das vielfach in Anträgen gefordert wird. Eine Distaffon wurde nicht beliebt und so konnte man zum dritten Punkt der Tagesordnung, zur Delegiertenwahl übergehen. Gewählt wurden die Kollegen Wolf Glarner und Hermann Lohse, als etwaige Stellvertreter Karl Schirmer und Karl Sellge. Glarner dankte für das in dieser Wahl zum Ausdruck gebrachte Vertrauen und versprach, daß die Delegierten die Interessen der Hamburger Mitgliedschaft auf dem Verbandstage in Bremen voll und ganz vertreten werden. Kollege Lohse bemängelte den schwachen Besuch der letzten Versammlung. Die Vertrauensleute müssen mehr agitieren; Mittel und Wege stehen ihnen doch wahrlich genug zur Verfügung. Auch wird der Vorstand irgend welchen Wünschen betreffs besonderer Propaganda gern Gehör schenken. — Eine längere recht humorvolle Debatte entspann sich über Nebensantrag, eine Verbandsliedertafel resp. einen gemischten Chor zu gründen. Daß die Mitgliedschaft dieser seit uralten Tagen schwebenden Angelegenheit sympathisch gegenübersteht, bezeugte die Wahl einer 29 gliederigen Kommission. Hoffen wir im Interesse der Geselligkeit das Beste!

Leipzig. Versammlung am 22. August 1910. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Wolf von der Firma Trenker u. Co. in der üblichen Weise. Hierauf gab Kollege Schulze den Geschäftsbericht über das erste Halbjahr 1910. Er führte den Versammelten in einstündigem Referat die Vorkommnisse von Bedeutung vor Augen, als da waren: Arbeiterinnenschutzgesetz, die drohende Aussperrung im Steinbrudergewerbe, Einsetzung eines unparteiischen Vorsitzenden im Schiedsgericht sowie die tariflichen Differenzen mit verschiedenen Firmen, die alle Arbeit in Hülle und Fülle im Gefolge hatten. Es fanden statt 68 Drucker- und 12 Mitgliederversammlungen. Außerdem wurden erledigt 696 briefliche Eingänge und 1143 Ausgänge. Am Schluß seiner Ausführungen wies er auf den Uebelstand betr. Ueberstunden hin. Verschiedene Kollegen halten es mit ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit für vereinbar, bis zu 500 Ueberstunden in einem Jahre zu leisten. Er appellierte an die Mitglieder, der Verwaltung bei Bekämpfung dieses Uebelstandes behilflich zu sein. Hierauf erstattete Kollege Wollen den Kassenbericht. Die Einnahmen inkl. Kassenbestand ergaben 25 494,43 M., während sich die Ausgaben auf 17 489,— M. belaufen, demnach ein Kassenbestand von 8005,43 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Unter Verbandsangelegenheiten wurde für die Kollegin Hochstroph, Mitglied des Agitationskomitees, die vom vorläufige Dispenfierung nachsuchte, die Kollegin Ahrens bestimmt. Der Wiederaufnahme eines in vorigen Jahre ausgeschlossenen Kollegen Schl. wurde zugestimmt. Einem Kollegen S. ging das Verbandsbuch verloren. Es wurde ihm ein Duplikat ausgestellt mit Anrechnung der kontrollierten Beiträge. Betreffend gab sich hiermit nicht zufrieden, sondern verlangte Anrechnung seiner angeblich noch mehr geleisteten Beiträge. Da er als säumiger Zahler geschildert wurde, so erfolgte auf Antrag sein Ausschluss. Ein Kollege Z. hat als Kranker neben der Unterstützung seitens der Ortskassentafel von der Gewerkschaft die Arbeitslosenunterstützung für diese Wochen bezogen. Der Vorzug wurde ausgeschlossen. Betreffs Eintreibung des zu Unrecht bezogenen Betrages werden die erforderlichen Schritte unternommen werden. Die Vorkehrungen, derartigen Unter-

stützungsjägern das Handwerk zu legen, sind getroffen. Es entspann sich hierauf eine lange und erregte Diskussion über die vom Hauptvorstand beschlossene Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung nach erfolgter Ausfrierung. Drei hiervon betroffene Kollegen haben Protest eingelegt, der seitens der Ortsverwaltung an den Hauptvorstand verwiesen wurde. Man einigte sich dahin, die Antwort des Hauptvorstandes abzuwarten, ehe man zu dieser Sache weiter Stellung nimmt. Hierauf erfolgte infolge der vorgeschrittenen Zeit Vertagung der Versammlung.

Rundschau.

Aus einer christlichen Gewerkschaft mit 13 000 Mitgliedern und 70 000 Mark Schulden. Unter diesem Titel verfasste der ehemalige angelegte Redakteur des christlichen Staats-, Gemeinde-, Sitzs- und sonstiger Industriearbeiter-Verbandes eine Broschüre, die in diesen Tagen im Verlage von Joh. Wolf in Hamburg das Licht der Welt erblickte.

Der Verfasser ist seit seinem siebenzehnten Lebensjahre ein eifriger Anhänger katholischer Arbeitervereine gewesen und war seit 1902 in der christlichen Gewerkschaft tätig, wurde katholischer Arbeitersekretär und war zuletzt in München an der „Gewerkschaftsstimme“ beschäftigt. Der Zentralvorstand dieser christlichen Organisation, ein Herr Oswald, Zentrumsabgeordneter im Bayerischen Landtag, wird in dieser Broschüre arg mitgenommen. In seinem Vorwort teilt der Verfasser — S. Wolf ist sein Name — mit, daß er nach wie vor auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsidee stehe, weshalb von einem Racheakt bei der Herausgabe der Broschüre keine Rede sein könne. Auch sei er jederzeit bereit, Opfer für die christliche Gewerkschaftsbewegung zu bringen. Aber die unhaltbaren Zustände innerhalb seiner ehemaligen Organisation zwingen ihn, jetzt an die Öffentlichkeit zu gehen. Man könne ihm nicht den Vorwurf machen, weshalb er nicht früh genug hätte eingreifen wollen, denn das sei geschehen. In einer Beamtenkonferenz, an der auch Stegerwald teilgenommen habe, hätte er auf die großen Missetaten in dieser Organisation aufmerksam gemacht. Das Material habe also schon damals völlig vorgelegen und heute klage Stegerwald über die große Schuldentwirtschenschaft dieser Organisation! Daß S. Wolf aber auch bestrebt gewesen ist, schon während seiner Tätigkeit in diesem christlichen Musterverband auf eine geregelte Geschäftsführung hinzuwirken, ist glaubhaft; hat er doch in dem von ihm redigierten Organ des christlichen Verbandes mehrfach Stellung gegen die Mißwirtschaft in einzelnen Filialen genommen. Der Kölner Filiale schrieb er z. B. einmal als Antwort auf eine Beschwerde wegen Nichtveröffentlichung eines Berichtes folgendes ins Stammbuch:

Wir haben davon (von den Kritikern) einige nicht aufgenommen in dem Bewußtsein, daß eine Arbeiterorganisation bei fortwährendem Boltren nicht erst genommen werden kann. Nicht dadurch erhält man die Mitglieder, daß man möglichst radikal gegen die Betriebe auftritt, sondern daß man Ordnung in der Zahlstelle hält. Und weil es sein muß, wollen wir den Kölner Kollegen verraten, daß uns ihre bisherige Ordnung durchaus nicht imponieren kann.

Er schreibt dann weiter, daß er bisher geschwiegen habe, liegt daran, weil er hoffe, daß die diesjährige Generalversammlung Abhilfe schaffen würde, daß sei leider aber nicht eingetroffen. Der christlichen Arbeiterschaft gegenüber sehe er sich verpflichtet, jetzt an die Öffentlichkeit zu gehen, damit diese selbst eine Aenderung schaffen sollte. In der Broschüre wird nun erzählt, daß von Verbandsgebern Reisebeden (!) gekauft worden sind. Dem Vorstehenden wird vorgeworfen, er lasse sich für Sitzungen im Landtage, wofür er schon 10,— M. Diäten bekomme, von der Organisation noch das Gehalt und außerdem 6,— M. Spesen (!) zahlen. Des weiteren werden mehrere Briefe, die gegenseitig gewechselt wurden, wiedergegeben, wodurch recht interessante Sachen zutage kommen. Von den vielen nur ein Beispiel. Im Januar 1909 schrieb ein Angefallter zu seinem Kollegen W.:

„Finanztechnisch sind wir so weit angelangt, daß Oswald — der Zentralvorstehende — vor Neujahr noch einen Pump von 5000 Mark anlegen mußte; dabei hatten wir nur eine

einzig Aussperrung in meinem Bezirke, die 3500 Mark kostete.“

Die Angaben der Zentralführung in den Jahresberichten und im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften Nr. 13, 1909, werden ebenfalls von dem Verfasser der Broschüre einer Kritik unterzogen. Der Verband gebe an, allein im Jahre 1908 für Streiks und Maßregelungen 55 437 Mark ausgegeben zu haben, was ebenfalls nicht stimmen soll. Im ersten Quartal 1908 seien hierfür 1697,62 M., im zweiten 976,20 M., im dritten 2441,36 M., zusammen 4106,18 M. ausgegeben worden. Im vierten Quartal hätten demnach einige kleine Kämpfe noch über 5000 M. gekostet, wovon aber im Vorstandsbericht nichts zu lesen sei —!

Ebenfalls sollen die Ausgaben für Rechtsschutz nach dem „Zentralblatt“ 14 319 M. betragen haben. Nach den Berichten vom Jahre 1904 seien 204 M., im Jahre 1905 247 M., im Jahre 1906 258 M. und für die Zeit vom 1. April 1906 bis 1. April 1908 laut Protokoll der Organisation 2438,18 M. ausgegeben worden. Im „Zentralblatt“ gebe man aber für das Jahr 1908 die Summe von 14 319 M. (!) an, was ebenfalls nicht stimmen könne. Der Verfasser teilt dann noch mit, daß dieser christliche Verband heute 70 000 Mark Schulden habe und andere Sachen mehr. Nun, wenn die Sache so traurig sieht, dann kann natürlich an eine eigentliche gewerkschaftliche Arbeit nicht gedacht werden, dann muß eben der letzte Weinnig zur Bekämpfung der freiorientierten Arbeiterschaft Verwendung finden. Etwas im Interesse der Mitglieder zur Hebung ihrer Lebenslage zu tun, ist weder Zeit noch Geld vorhanden. Und dennoch gibt es leider noch eine Anzahl von Arbeitern, die sich von solcher Art „christlicher“ Interessensvertretung einfangen lassen. Aber auch jenen wird mit der Zeit das „Licht der Erkenntnis“ ausgehen, wenn sie nicht für alle Zeiten als mit Blindheit geschlagen gelten wollen. Man wird nun gespannt sein, wie sich der Vorstand dieses „christlichen“ Verbandes zu dieser Broschüre, die einen tiefen Einblick in die Geheimnisse einer „christlichen“ Gewerkschaft wirft, abfinden wird. Uns sollen dieserhalb keine Sorgen quälen. Was aber unser Nachbar von den „Graphischen Stimmen“ für einen „Dreh“ machen wird, der in seiner letzten Nummer der „Graphischen Stimmen“ den größten Blödsinn über den „chronischen Dalles“ und „finanziellen Zusammenbruch“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes verzapfte, da dürfen wir wohl begierig sein, wie er jetzt seinen „christlichen Bruder“ beim Schopf nehmen wird. —

Versammlungskalender.

Dortmund. Jeden ersten Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung um 8 Uhr abends im Lokale des Herrn Dirkes, Brüderweg.

Adressenveränderungen.

Darmstadt.

Kassierer: Curt Chalmel, Oberstadt, Müllerstraße 24 p. Unterstützungen werden Samstag, von 12—1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, kleines Nebenzimmer, ausbezahlt.

Düsseldorf.

Vorstehender: Franz Richter, Lorettostraße 47 II.

Briefkasten.

An mehrere Kollegen in Straßburg i. E. Ohne in das empfohlene Lied einzustimmen, kann ein objektiver Beurteiler einer guten Sache die verdiente Anerkennung auch dann nicht versagen, wenn sie zufällig aus Deutschland kommt. Jedenfalls verdanken all die Herrlichkeiten ihre Entstehung einer Unsumme von Arbeiterfleiß und Arbeiterintelligenz, was ohne Rücksicht auf die Nationalität gelobt zu werden verdient. — Halle a. S. Bericht vom Schiedsgericht erscheint nach dem Verbandstag. Die übrigen Anfragen werden brieflich beantwortet.

Abrechnungen.

Das 2. Quartal haben in dieser Woche abgerechnet: Düsseldorf 33,95, Siegen 36,24, Heilberg 25,12, Karlsruhe 214,30 M.

In der vorigen Nummer mußte es heißen: statt Altenburg: Oldenburg und statt Hannover: Mannheim. S. Lohse.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 36.

Berlin, den 3. September 1910.

16. Jahrgang.

Vom Dresdner Tarifikampf.

Die Mitgliedschaft Dresdens versammelte sich am 23. August im großen Volkshaussaale, um den Bericht über die gepflogenen Tarifverhandlungen, die von den Prinzipalen abgebrochen wurden, entgegen zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende zunächst des verstorbenen Kollegen Steinleifer Schulze in ehrenden Worten, wobei sich die Versammlung von den Plätzen erhob. Kollege Franz Herrmann ergriff sodann das Wort und entrollte das Bild unseres Dresdner Tarifikampfes, welcher vorläufig ein Ende gefunden hat. Durch das Vorgehen der Buchdrucker der Lehmann'schen Druckerei, die seinerzeit die Ueberstunden verweigerten, kam diese Angelegenheit vor das Tarifamt. Dieses faßte den Beschluß, daß, wenn das Dresdner Buchdrucker-Hilfspersonal den schriftlichen Beweis erbringen kann, daß über die Hälfte des in Dresdner Buchdruckerien beschäftigten Hilfspersonal sich für die Einführung des Tarifs erklärt, die Dresdner Prinzipale in Unterhandlungen eintreten müssen, und zwar innerhalb vier Wochen. Die sofort vorgenommene Abstimmung ergab, daß sich 426 Kollegen und Kolleginnen hierfür erklärten, eine übergroße Mehrheit, da nach unserer Schätzung vielleicht etwas über 500 Personen als Hilfspersonal im Buchdruck beschäftigt sind. Wir gaben dem Ortsvorsitzenden Herrn Ulrich und auch dem Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Leipzig, Herrn Dr. Petersmann, Kenntnis davon. Herr Ulrich gab uns zur Antwort, daß er überhaupt noch keine Anweisung habe, mit uns zu verhandeln, was uns wiederum veranlaßte, Herrn Dr. Petersmann zu bitten, Herrn Ulrich Anweisung zu Verhandlungen zu geben. Das ist auch geschehen, jedoch ließen sich die Dresdner Prinzipale nicht aus der Ruhe bringen, bis wir durch verschiedene Mahnungen an Ulrich und Dr. Petersmann erreichten, daß sich im März eine Versammlung der hiesigen Prinzipale mit unserer Angelegenheit beschäftigte, die das Resultat zeitigte, daß eine Kommission von fünf Prinzipalen zu Unterhandlungen mit uns gewählt wurde. Hierbei ist zu bemerken, daß dieser Beschluß nicht zustande gekommen wäre, wenn nicht der Prinzipalstkreisvertreter Herr Thalader aus Leipzig zugegen gewesen wäre und die Herren auf Einhaltung des Tarifamts-Beschlusses aufmerksam gemacht hätte. Hierauf bekamen wir die Aufforderung, fünf Personen zu einer Kommission zu wählen, wovon aber niemand aus der Dresdner Volkzeitungsdruckerei dabei sein durfte. Wir protestierten zunächst gegen dieses Anfinnen, da die Dresdner Volkzeitungsdruckerei Mitglied der Innung und auch des Bezirksvereins ist, nahmen aber dann später Abstand davon, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Hierauf wurde zum 14. April die erste Sitzung anberaumt. Unser Kollege P. Herrmann, den wir trotzdem mitgenommen hatten, um als Vorsitzender der Zahlstelle teilnehmen zu können, wurde nicht zugelassen, sondern mußte sich aus der Versammlung entfernen.

In dieser Sitzung und auch in der vierzehn Tage später stattfindenden wurde über die stattgefunden Bewegung, über unsere Wünsche und alles mögliche gesprochen, nur auf den Kern der Sache, die festzulegenden Löhne ging man nicht oder sehr wenig ein. Hierbei ist noch hervorzuheben, daß die tariftreuen Prinzipale natürlich das Tarifverhältnis im allgemeinen und namentlich den Buchdrucker-Tarif als eine Institution kennzeichneten, die nur den Prinzipalen Pflichten auferlegten, ihnen das Bestimmungsrecht innerhalb der Druckerei räumten und die Leistungen dem ausgetroffenen Löhne entsprechend nur in seltenen Fällen von den anderen Tarifkontrahenten erfüllt würden. Ja, Herr Päßler verstieg sich soweit, zu erklären, daß die ganzen Tarif-

gemeinschaften einmal ein Ende nehmen müßten, denn wenn es so weiter ginge, wären sie zuletzt nicht mehr Herr im Hause. Auf alle Art und Weise versuchten die Herren die seit Jahren bestehende Tarifgemeinschaft zu berunglücken und uns von unserem Vorhaben abzubringen. Da wir nun darauf drangen, endlich einmal in die Beratung über unsere eingereichten Tarifforderungen einzutreten, verlangten sie zunächst zu wissen, was wir den Herren für Garantien bieten könnten, daß, wenn ein Hilfsarbeiter-Tarif abgeschlossen würde, sich nicht derartige Verstöße wiederholten, als wie sie in Berlin, Stettin, Leipzig und Magdeburg vorgenommen seien. Nachdem wir in längeren Ausführungen zu versetzen gegeben hatten, daß, wenn der Tarif von ihrer Seite gehalten werden würde, auch wir uns als tariftreue Kontrahenten zeigen würden, wurde auf die Beratung der Allgemeinen Bestimmungen eingegangen. Hierbei verlangten die Herren, daß diese für unsere Beratungen und als Grundlage des abzuschließenden Tarifs nicht in Frage kommen könnten. Herr Päßler brachte sogar ein Gewerbegerichtsurteil aus Hamburg vom Jahre 1908 angehängt, durch welches er beweisen wollte, daß die Allgemeinen Bestimmungen zu Unrecht abgeschlossen seien und sich kein Buchdrucker-Prinzipal darnach zu richten brauchte. Wir hingegen wiesen auf den gefaßten Beschluß der permanenten Kommission hin, der besagt, daß bei Tarifabschlüssen als Grundlage die Allgemeinen Bestimmungen anerkannt werden müßten. Beim Verlesen der diesbezüglichen Stelle des Protokolls der Dezember-Sitzung der permanenten Kommission lernten wir die Unkenntnis unserer Herren Prinzipal-Kommissions-Mitglieder insofern kennen, indem diese ihre eigenen Tariffunktionäre nicht kannten. Bei Erwähnung des Namens Dr. Sydow fragte Herr Päßler, wer dieser Herr sei, das wäre wohl auch einer vom grünen Tische, worauf er von Herrn Ulrich dahin aufgeklärt wurde, daß der Betreffende aus dem Finanzministerium stamme! — Nachdem die Herren einsehen, daß wir nur unter Anerkennung der Allgemeinen Bestimmungen abschließen würden, erklärten sie, daß es dann keinen Zweck habe, weiter zu beraten und somit hatte die zweite Sitzung ihr Ende erreicht. Eine dritte Sitzung wurde hierauf vereinbart, jedoch infolge des stattfindenden Bezirksstages in Pirna und der Buchdrucker-tagung in Stuttgart auf längere Zeit hinausgeschoben. Mittlerweile fand der erwähnte Bezirksstag statt, der sich ausführlich mit unserer Tarifbewegung beschäftigte und es ist interessant genug, verschiedene Aussprüche der Herren Prinzipale zu erfahren, die durch unsere „Solidarität“ bekannt gegeben wurden. Was in Stuttgart beschlossen worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis, soviel wissen wir, daß die Allgemeinen Bestimmungen einer Revision unterzogen werden sollen, um bei einer neuen Tarifperiode als Grundlage zu dienen. Nachdem nun acht Wochen vorüber waren, bekamen wir auf mehrmaliges Drängen endlich eine Einladung für den 30. Juni. Diese Sitzung war von sehr kurzer Dauer, da die Prinzipale uns nur die bekannte Resolution vorlasen und dann Schluß der Sitzung und somit auch der ganzen Komödie machten. Man muß es eine Komödie nennen, weil von Anfang an die hiesigen Prinzipale gezeigt haben, daß sie nie ernstlich gesonnen waren, einen Tarif zustande zu bringen. Trotzdem haben wir ausgehalten, um nicht den Vorwurf auf uns zu laden, wir hätten die Verhandlungen unmöglich gemacht. Erwähnen möchte ich noch, daß wir gleich zu Anfang der Verhandlungen beantragten, daß die seinerzeit herausgegebenen schwarzen Listen außer Kraft gesetzt würden, da doch von uns die Einstellung der Feindseligkeiten, Zurückziehung der Streikposten und dergleichen mehr verlangt worden sei und wir auch dem nachgekommen sind. Wir wurden aber von

den Herren dahin aufgeklärt, daß dieses keine schwarzen Listen, sondern nur geschäftliche Mitteilungen seien. Wir haben über diese Auslegung herzlich gelacht und sind auch nicht weiter auf die Angelegenheit eingegangen, da uns die Berufserklärung der Prinzipale überhaupt keinen Schaden zugefügt hat. Die schon erwähnte Resolution ist aber so voll Widersprüche, daß darauf näher eingegangen werden muß.

Uebelstände bestehen nicht, meinen die Prinzipale. Während der Verhandlungen hatten wir mehrere Male Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß in verschiedenen Druckereien noch die zehnständige Arbeitszeit, Stundenlöhne und Nichtbezahlung der gesetzlichen Feiertage besteht, daß anderenfalls eine kolossale Arbeitsleistung von den Angelerinnen in verschiedenen Druckereien verlangt wird. Das betrachten die Herren in ihrer Resolution aber alles als „keine nennenswerten Uebelstände“. Sie setzten sich in der Kommissionsverhandlung mit der Erklärung darüber hinweg, daß ihnen dies unbekannt und in Innungsdruckereien überhaupt nicht vorkäme, sondern höchstens in den wilden Druckereien, über die sie keine Macht hätten. Wenn nun weiter gesagt wird, daß die Löhne des Hilfspersonal in Dresden höhere seien als anderwärts, so ist dies schon oft widerlegte Unwahrheit. Mag sein, daß man sich während des Streiks ein Stück Geld hat kosten lassen, aber das waren doch nur Ausnahmehöhne, die heute schon zum größten Teile nicht mehr gezahlt werden.

Daß nun weiterhin als Hauptgrund des Nichtweiterverhandelns angegeben wird, der Tarif könnte nur bis Ende des Jahres 1911 abgeschlossen werden und auf eine derartig kurze Zeit verlönte sich es nicht erst weiter zu verhandeln, so hat wohl die Schuld nicht an uns gelegen, denn am 15. Oktober vorigen Jahres haben wir schon unsere Forderungen eingereicht und wenn die Prinzipale nicht so hochbeinig gewesen wären, konnte der Tarif schon am 1. Januar d. J. in Kraft getreten sein. Die Resolution ist weiter nichts als ein Verlegenheitsprodukt, um nach außen hin den Schein des Rechts zu erwecken. Aber eine Lehre können wir daraus ziehen und das ist die, daß die Dresdner Prinzipale, trotzdem sie es ableugnen, rückständig bis auf die Knochen sind, da sie selbst nicht einmal die Beschlüsse ihrer höchsten Instanz, des Tarifamtes, respektieren. Beschämend auch jedenfalls für die jederzeit selbst von den Behörden gepriesene Einsicht der deutschen Buchdrucker-Prinzipale.

Was ziehen wir aber nun für Lehren aus dem Verhalten der Dresdner Prinzipale, die da glauben, uns durch den Kampf, den sie uns aufgezwungen haben, für abschbare Zeiten unschädlich gemacht zu haben, daß sie uns, wie jetzt der moderne Ausdruck heißt, niedergelassen hätten. Nun wir alle wissen, daß wir wohl nicht als Sieger aus diesem Kampfe hervorgegangen sind, aber dies alles nur infolge unserer Disziplin, die wir den Beschlüssen des Tarifamtes entgegengebracht haben, indem wir die Feindseligkeiten einstellten und uns auf die Bahn des Verhandelns begaben, bei welcher wir von den Prinzipalen an der Nase herumgeführt wurden, da diese während der Zeit, wo wir den Waffenstillstand eingingen, eifrig weiter Streikbrecher zu erhalten suchten und auch die schwarzen Listen zur Anwendung brachten. Wir sind nicht zurückgelassen aus diesem Kampfe hervorgegangen, sondern unsere Mitgliederzahl ist, abgesehen von einigen wenigen Verzagten, die uns den Rücken kehren, dieselbe geblieben, wir sind sogar momentan noch festgefügt und geschlossener als vordem, gefestert durch den Kampf, den wir bestanden. Hierbei ist es Pflicht, derer zu gedenken, die diesen Kampf bis zum letzten Augenblick unverdrossen durchgeführt haben. Ihnen gebührt unsere Achtung für ihre

stramme Haltung und für die Opfer, die sie der Tariffache gebracht haben.

Was werden wir aber nun tun, um doch noch zu unserem Ziele zu kommen?

Zunächst ist diese Angelegenheit dem Tarifamt übergeben, welches verpflichtet ist, dahin zu wirken, daß seine Beschlüsse auch durchgeföhrt werden, wenn auch nicht viel Hoffnung auf diese Entscheidung zu setzen ist, so sind wir doch verpflichtet, vorläufig diese Entschliegung abzuwarten. Aber eines muß der Mitgliedschaft ans Herz gelegt werden: Es muß überall dafür gesorgt werden, daß diejenigen, die aus Unwissenheit uns heute noch fernstehen, mit dem Organisationsgedanken vertraut gemacht werden, denn wir dürfen uns nicht etwa jetzt Ruhe gönnen, sondern unser nächstes Bestreben muß sein, überall dort uns bemerkbar zu machen, wo noch Verhältnisse bestehen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Bis jetzt hat sich das Dresdner organisierte Hilfspersonal immer sehr bescheiden gezeigt, aber durch die gemeine Art und Weise, die wir jetzt wieder von dem größten Teil der Dresdener Prinzipale kennen gelernt haben, sind wir verpflichtet, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Wenn die Herren glauben, durch ihre Handlungsweise uns kampfunfähig gemacht zu haben, so müssen wir es ihnen beweisen, daß wir noch leben und daß wir nicht entmutigt sind. Darum muß in nächster Zeit ein Kleinkrieg entbrennen, der die Prinzipale zu der Ueberzeugung bringt, daß sie nur durch einen Tarif Ruhe haben. Trotz schwarzer Listen, trotz Vernehmung sind unsere Kampfproben Mitglieder alle wieder untergebracht, ja wir haben schon jetzt wieder in den betroffenen Firmen fast überall unsere Vorposten gesetzt, die dahin wirken werden, daß in Dresden nicht eher Ruhe wird, als bis wir unser Ziel erreicht haben. Nebner schließt mit den Worten: „Darum Kolleginnen und Kollegen, schließen sie die Reihen zu weiteren Kämpfen, denn ohne Kampf kein Sieg, damit wir zur gegebenen Zeit sagen können: Die Geister sind erwacht, es ist eine wahre Lust zu leben!“

Hierauf ergriff Kollege Paul Herrmann das Wort und ging noch auf verschiedene Ausführungen des Vorredners in ergänzender Weise ein. Er betonte, daß wir dieses Mal nicht wie 1907 den Vorwurf wieder erleben mußten, nicht planmäßig und mit ungefehligen Mitteln vorgegangen zu sein. Daß wir trotzdem nichts erreichten, liegt nicht an uns, sondern an der Hartnäckigkeit des reaktionären Dresdner Unternehmertums, welches schon von vornherein nicht wusch war, mit uns zu verhandeln. Eine Regelung bezügl. Festlegung der Löhne auf tariflicher Grundlage ist den Druckerbestehern stets etwas unsympathisches gewesen, weil billige und willige Arbeitskräfte den meisten Profit für ihre Taschen bringen. Der von jener Seite scheinbar immer gewünschte Friede im Gewerbe wird erst dann hergestellt werden, wenn auch die bescheidenden Forderungen der Hilfsarbeiterschaft erfüllt sein werden. Außerdem ist der korporative Eintritt der Buchdrucker-Prinzipale in den Verband „Deutscher Industrieller“ auch als ein Umstand zu betrachten, der für die wirtschaftlichen Kämpfe in Zukunft nicht unterschätzt werden darf und die Arbeiterschaft veranlassen sollte, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.

Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 23. August versammelten Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Dresdens nehmen Kenntnis von dem Abbruch der Tarifverhandlungen durch die Prinzipals-Kommission und der Zustimmung hierzu seitens des Bezirks-Vereins. Sie erklären die angegebenen Gründe, die in der von der Prinzipals-Kommission übermittelten Resolution enthalten sind und ein weiteres Verhandeln als zwecklos bezeichnen, als nicht den Tatsachen entsprechend, da es nicht die Schuld des Hilfspersonals ist, daß die Dauer des eventuell abzuschließenden Tarifes nur ein Jahr währt. Denn bei etwas mehr Entgegenkommen seitens der Dresdner Buchdruck-Prinzipale konnte derselbe schon eher abgeschlossen sein.

Anderenfalls sind die Lohn- und Arbeits-Verhältnisse des Dresdner Buchdrucker-Hilfspersonals zu verschärfen, daß nur durch Einführung eines allgemeinen Lohn tariffs eine Regelung derselben stattfinden kann.

Nuß scharfste aber verurteilen die Anwesenden die Nichtbefolgung des diesbezüglichen Tarifamts-Beschlusses seitens der Prinzipale. Sie beschließen, die letzte Entscheidung des Tarifamts abzuwarten, sollte es demselben jedoch nicht möglich sein, an der Entschliegung der Dresdner Prinzipale etwas zu ändern, so verpflichten sich die Dresdner Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, den eventuellen Anordnungen ihrer Ortsverwaltung unweiglich nachzukommen.

Diese wird beauftragt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die zwischen unserer Zentralkommission und Prinzipals-Vorstand abgeschlossenen Vereinbarungen auch in Dresden zu verwirklichen.“

Korrespondenzen.

Halle a. S. Mitgliederversammlung am 20. August 1910. Nach Genehmigung des Protokolls rügte der Vorsitzende das Verhalten des „Galleichen Volksblattes“, das unsere Berichte als interesselos bezeichnete. Kollegin Lautenschläger gab den Kartellbericht, Kollege Scheibe die Abrechnung vom zweiten Quartal. An Unterföhungen wurden gegah: für Arbeitslose 133,50 Mk. für Kranke 66,90 Mk., für Streikende 54,10 Mk. und für Rechtschutz 20,— Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 245. Hierauf kam der Vorsitzende auf den Verbandstag zu sprechen und eruchte um rege Agitation für die Beitragserhöhung. Im weiteren gab er den Bericht von den Schiedsgerichtsitzungen. Lebhafte Klage wurde geföhrt von dem Personal der Firma Hohmann wegen Schikanierung seitens des Buchbindermeisters R. und des Maschinenmeisters Moritz. Dieser Herr erlaubt sich ungläubliche Schikanierungen gegen die Anwesenden. Ausbrüche wie Mist-Wenscher, Mist-Ekel, ich trete euch in A. . . (was der Herr auch schon ausgeföhrt hat) sind an der Tagesordnung. Das sieht wie bestellte Arbeit aus, um unsere Mitglieder aus diesem Betriebe hinaus zu treiben, weil die Geschäftszweigung keine organisierten Arbeiterinnen dulden will. Die Ortsverwaltung wird hierzu noch Stellung nehmen. Auch mußten die Mitglieder wiederholt darauf hingewiesen werden, daß jede Arbeitsannahme dem Arbeitsnachweiser-Verwalter anzuzeigen ist. Kollege Scheibe erklärte, daß er den Kassiererposten niederlegt und eruchte, daß sich eine Vertrauenspersonensitzung damit befassen soll, seine Gründe entgegen zu nehmen. Die Kollegin Schulze-Volksblatt wurde wegen rezitierender Beiträge zum zweitenmale ausgeschlossen. Fünf Kollegen wurden als Ersatz zum Vergnügungskomitee gewöhlt.

Nürnberg - Fürth. In unserer Mitglieder-versammlung vom 22. August konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß wir im dritten Quartal bis jetzt eine Zunahme von 115 Mitgliedern verzeichnen können. Der Kampf bei Ritter u. Köben dauert nun schon fünf Wochen und bald ist die letzte Arbeiterin anderweitig untergebracht. Dreimal haben wir uns zu Verhandlungen bereit erklärt und wurden zuletzt an den Schutzverband verwiesen. Aus den vorjährigen Erfahrungen hätte doch die Firma lernen können, daß der Schutzengel nicht als Friedensstifter geeignet ist. Streikbrecherinnen finden sich nicht und in Zukunft wird man dann nicht nur Abgebildete, sondern auch alle anderen Arbeiten anderweitig herstellen lassen. Die lachenden Dritten sind die Herren Kollegen vom Schutzverband, die ja auch vor vier Jahren eine kleinere Firma zu Lode schützten. Wir glauben nicht, bei Ritter u. Köben eine kleine Quetsche vor uns zu haben, wie der führende Herr im Schutzverband im vorigen Jahr äußerte, aber allgemach ist uns dieser Streik durch den kleinen Preis der noch Ausständigen zur Nebenache geworden, die für uns als erledigt gilt. Ihr habt es so gewollt. — Im hiesigen Parteitag erschienen vor kurzem ein Artikel, der sich mit der Buchbinderbewegung und auch mit unserem Streik bei der Hoflieferantenfirma befahte. In diesem Bericht wird erzählt, daß die strittige Lohnsumme 17,50 Mk. betragen soll und die hartnäckige Haltung der Firmeninhaber — die Ein-

zahl wird richtiger sein — erfährt eine berechtigte Kritik. Wir erkennen zwar die löbliche Absicht des Artikelschreibers an, halten aber eine solche Veröffentlichung für überflüssig, weil dies Sache der zuständigen Organisation ist und die Verwaltungen der übrigen interessierten Verbände die Urheberschaft glaubwürdig in Abrede stellen. Bei der Firma Huber, Jordan u. Köhner hat sich noch nichts geändert, auch hier nimmt die Zahl der Ausständigen fortwährend ab. Es geht zwar das Gerücht, als ob in nächster Zeit die Wiederaufnahme der Arbeit erfolge; doch dürfte hier der Wunsch der Vater des Gedankens sein, da uns, die wir doch auch ein wenig daran interessiert sind, nichts bekannt ist. Uns scheint, als ob man das Fell des Bären bereits verteilt hätte. In dem letzten Bericht ist uns über die Firma Schimpf ein Fehler unterlaufen. In die angegebene Summe der Zulagen sind auch die ab 1. Januar 1910 erfolgten Lohnerrhöhungen mit eingerechnet. Bei der Firma S. Bing-Fürth, in der uns durch gewisse Einflüsse im Frühjahr unsere Bewegung abgetrieben wurde und nur eine schwächliche Frühgeburt zustande kam, verlangte das Hilfspersonal entschieden die Gewährung von Zulagen und beauftragte die Verwaltung, vorstellig zu werden. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß alle Arbeiterinnen eine Zulage von 50 Pf. erhalten und zwar jedesmal 10 Personen pro Woche; die Schleifer erhielten 1,— Mk. Angesichts des Buchbinderstreiks, durch den die gedruckten Auflagen nicht fertig gemacht werden können, wäre es der Firma vielleicht gar nicht so unerwünscht gewesen, wenn wir das Angebot abgelehnt hätten, weil hier der willkommene Anlaß zur Schliegung des Betriebes gegeben wäre und alle Schwierigkeiten wären behoben. In Berücksichtigung der jetzigen Situation erklärten sich unsere Mitglieder bei Bing mit dem Gebotenen vorläufig einverstanden. Auch bei der Schutzverbandsfirma Franz Schumm hat das Gesamtpersonal wegen Verweigerung einer Lohnzulage die Kündigung eingereicht. Der eine Besitzer ist verreiselt und da glaubt sein Compagnon, selbständig nichts bewilligen zu können. Die Bewegung der Buchbinder steht sehr günstig, da es ihnen gelungen ist, in allen Nürnbergger Betrieben die Leute herauszuholen. Durch Veranstaltung gemeinsamer Geschäftsversammlungen hat auch unsere Organisation ihre Solidarität praktisch zum Ausdruck gebracht, und wenn bei allen Bewegungen in gleicher Weise vorgegangen wird, dann wird der berechtigte Kern, der in dem Verlangen nach einem graphischen Industrieverband steckt, auch von dem graphischen Kartell herausgeschält werden können. Aus einer kürzlich aufgenommenen Statistik über die Zahl des in Buch- und Steinrudereien beschäftigten und organisierten Hilfspersonals können wir mit Genugtuung feststellen, daß wir die größere Hälfte schon organisiert haben und bei erstem Wollen und Wirken es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis wir unser Vorbild, das Organisationsverhältnis der Münchener Kollegenschaft, erreicht haben. Speziell in Buchrudereien ist ein regeres Interesse bemödet und der Anschluß des Prinzipalsvereins an den Bund der Industriellen sollte die Nichtorganisierten von der noch vielfach vorhandenen Vertrauenseligkeit kurieren und ihnen den Weg weisen, wohin sie gehören. Die Anträge zum Verbandstag erfuhren eine ausführliche Besprechung; es wurde von verschiedenen Rednern vor der Einführung neuer Unterföhungszweige und Erhöhung der jetzigen Unterföhungssätze gewarnt. Eine Ausnahme könne nur mit einer mäßigen Erhöhung der Krankenunterföhung gemacht werden. Freulich ist, daß sich so viele Zahlstellen für Erhöhung der Beiträge aussprechen, es ist dies ein Zeichen wachsenden Verständnisses und ein Beweis innerer und äußerer Festigung, der mit der alten Auffassung bricht, als ob weibliche Mitglieder nur mit niedrigen Beiträgen gewonnen werden können. An der fünfjährigen Klaffeneinteilung soll man festhalten. Strittig wäre nur die Frage, ob man die bisherigen Lohnnennungen bei der Stafflung beibehalten soll. Ein Beweis von dem Vertrauen auf die eigene Kraft ist es, daß nur einige Zahlstellen den Antrag auf die Gründung eines Industrieverbandes stellen, der ein geheimnisvolles Alibi-Mittel sein soll. Unsere Bewegungsfreiheit und Aktionsfähigkeit dürfte durch eine Verschmelzung kaum eine größere werden und unter dem paulianischen Pantoffel ist es immer noch besser, wie unter männlicher Fremdherrschaft.